



Geschäftsführung Integrationsrat

Frau Bachtiosin

Telefon: (0221) 221-29725

E-Mail: leyla.bachtiosin@stadt-koeln.de

Datum: 15.11.2023

Beschlussprotokoll

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 14.11.2023, 15:00 Uhr bis 17:10 Uhr, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

I. Öffentlicher Teil

Vorstellung einer Institution / eines Trägers der Integrationsarbeit

- 1 **Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 **Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 **Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 3.1 **Beantwortung der schriftlichen Anfrage aus der Sitzung des Integrationsrates vom 15.08.2023 (AN 1306/2023) betreffend die Gleichbehandlung von Drittstaatler*innen aus der Ukraine im SGB II 2760/2023**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

- 3.2 **Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der SPD-Fraktion aus der Sitzung des Integrationsrates vom 12.09.23 (AN/1560/2023) betreffend „Verlorene Unterlagen in den Kölner Ausländerbehörden“ 3230/2023**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**Anfrage zum Thema: Verlorene Unterlagen in den Kölner Ausländerbehörden
AN/1560/2023**

3.3 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage von Elizaveta Khan, Ahmet Edis und Dorsa Billstein aus der Sitzung des Integrationsrates vom 12.09.2023 (AN/1615/2023) betreffend „Koloniales Erbe der Stadt Köln“ 3479/2023

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**Anfrage Thema: Koloniales Erbe der Stadt Köln
AN/1615/2023**

**3.4 Aktueller Stand DOMID und Halle 71
3476/2023**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**Anfrage: Aktueller Stand DOMID und Halle 71
AN/1616/2023**

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

**4.1 Anfrage zur Gesundheitsversorgung der Bewohner*innen der Notschlafstelle Vorgebirgsstraße
AN/1358/2023**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**4.2 Anfrage zu WLAN am Wohnheim für Geflüchtete Poller Holzweg
AN/1644/2023**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**4.3 Anfrage zum Positionspapier der Interkulturelle Zentren zu Bedarfen von älteren Menschen mit internationaler Familiengeschichte
AN/1645/2023**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**4.4 Anfrage zu 20. Jahrestag Nagelbombenanschlag in der Keupstraße
AN/1911/2023**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**4.5 Anfrage zu Bonitätsprüfung im Ausländeramt
AN/1912/2023**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**4.6 Anfrage zu Mehrstaatigkeit, Einbürgerungsanträge während der Novel-
lierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes
AN/1913/2023**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**4.7 Anfrage zu den Anträgen der Kölner Bürger*innen (Erziehungsberechtig-
ten) mit internationaler Familiengeschichte für die Einrichtung eines
neuen Standortes für den Herkunftssprachlichen Unterrichtes
AN/1968/2023**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

5 Mitteilungen

**5.1 Sachstandsbericht zum Prozess "Postkoloniales Erbe der Stadt Köln"
1416/2023**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kennt-
nis.

**5.2 Leitlinie Kindeswohlaspekte - Sicherstellung von Kindeswohlaspekten
bei der Prüfung von Bleibeperspektiven und im Rahmen aufenthaltsbe-
endender Maßnahmen
2915/2023**

Die Mitglieder des Integrationsrates empfehlen die Wiedervorlage der Mitteilung im
Jugendhilfeausschuss.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kennt-
nis.

**5.3 Ende der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“
(DiAA)
2894/2023**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kennt-
nis.

**5.4 Aktuelle Zahlen zur städtischen Unterbringung Geflüchteter in Köln
3254/2023**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kennt-
nis.

**5.5 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe; hier: Deutsch-Afrikanische
Kooperation e.V. (DAKO e.V.)
3355/2023**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.6 Dritter Sachstandsbericht zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten
3192/2023**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.7 2. Quartalsbericht 2023 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
2931/2023**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.8 KOMM-AN NRW – Landesprogramm zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements bei der Integration von Geflüchteten und neueingewanderten Menschen in den Kommunen - Sachstandsbericht 2023
3445/2023**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.9 Zukunft und Entwicklung des Osthofs im Plangebiet Hallen Kalk
1539/2023, Top 3.3 aus der 19. Sitzung des Ausschusses für Kunst und Kultur am 29.08.2023
3163/2023**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

**6.1 Antrag zur Beschlussvorlage „Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele 4069/2022“
AN/1407/2023**

TOP 6.1 und TOP 6.1.1 wurden zusammen mit dem TOP 8.3 behandelt.

Der Antragsteller zieht den Antrag zurück.

**Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag AN/1407/2023 zur Beschlussvorlage 4069/2022 "Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele"
2974/2023**

6.1.1 Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage „Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele 4069/2022“ AN/1926/2023

TOP 6.1 und TOP 6.1.1 wurden zusammen mit dem TOP 8.3 behandelt.

Beschluss:

Der Integrationsrat bemängelt die weitgehend undifferenzierte und wenig erläuternde Darstellung der Lebenswirklichkeit von Menschen mit internationaler Familiengeschichte in der Anlage zur Beschlussvorlage „Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele 4069/2022“ und

1. nimmt die elf in der Anlage benannten strategischen Herausforderungen für die zukünftige integrierte Sozialplanung der Stadt zustimmend zur Kenntnis;
2. beschließt die strategischen Ziele/Teilziele zu den Herausforderungen wie in der Anlage dieser Vorlage ausgeführt;
3. beauftragt die Verwaltung, im Sinne des strategischen Steuerungsprozesses der integrierten Sozialplanung, dort wo noch nicht mit einer Fachplanung hinterlegt, darzulegen, mit welchen geeigneten Strategien die Ziele/Teilziele verfolgt werden sollen;
4. beauftragt die Verwaltung den Fachausschüssen regelmäßig über die Zielerreichung und die Strategien zur Zielerreichung zu berichten;
5. bittet den Rat die Verwaltung zu beauftragen, bei Vorlage einer künftigen integrierten Sozialplanung die Einlassungen des Integrationsrates zu berücksichtigen und auf eine differenzierte Datenlage zurückzugreifen bzw. diese zu schaffen, um sicher zu stellen, dass Menschen mit internationaler Familiengeschichte, d.h. 40% der Kölner Bevölkerung, differenziert z.B. nach ausländerrechtlichem Status, Aufenthaltsdauer, Zuwanderungsintention, Milieuzugehörigkeit usw. betrachtet werden, sowie erklärende Erläuterungen und Hintergrundinformationen zu geben, warum sich die statistischen Zahlen in dieser Weise bei Menschen mit internationaler Familiengeschichte darstellen.“

Es wird hierzu verwiesen

auf die Diskussion im Frühjahr 2022 zum „[1. Kölner Lebenslagenbericht 2020](#)“ und die bei Beschlussfassung im Rat am 24.6.2022 vorgebrachte Bitte an die Verwaltung, „die Anregungen aus den vorberatenden Gremien miteinzubeziehen“ (u.a. des einstimmig beschlossenen Antrages [AN/1196/2021](#) des Integrationsrates vom 1.6.2022),

sowie auf die erneuten Einlassungen im jetzt zurückgezogenen Antrag [AN/1407/2023](#) von Herrn Keltok vom 14.08.2023 .

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6.2 Antrag für eine Zusatzklärung für unter das Gaststättengesetz fallenden Betriebe AN/1303/2023

Der Antrag wird in die nächste Sitzung des Integrationsrates verschoben.

6.3 Antrag der FDP-Fraktion Stadtweite Einbürgerungsfeiern AN/1690/2023

Der Antrag wird in die nächste Sitzung des Integrationsrates verschoben.

**6.3.1 Änderungsantrag bzw. Zusatzantrag – Stadtweite Einbürgerungsfeiern
AN/1901/2023**

Der Änderungsantrag wird in die nächste Sitzung des Integrationsrates verschoben.

**6.4 Antrag auf Erweiterung des Schuleinzugsgebietes von Schulen mit bilingualem Zweig
AN/1927/2023**

Der Antrag wird in die nächste Sitzung des Integrationsrates verschoben.

7 Berichte

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner*innen in Ratsausschüssen

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

8 Beschlussvorlagen

**8.1 Strukturförderfonds 2023 / 2024
hier: Richtlinie für Zuwendungen aus dem Strukturförderfonds des Dezernates der Oberbürgermeisterin zur Abmilderung der steigenden Personal- und Betriebs- / Energiekosten in Folge des Ukraine-Krieges im Jahr 2024
2777/2023**

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren beschließt die „Förderrichtlinie für Zuwendungen aus dem Strukturförderfonds des Dezernates der Oberbürgermeisterin und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.
2. Die erforderlichen Mittel für das Haushaltsjahr 2024 in Höhe von 285.000 € werden im Teilergebnisplan des Amtes für Integration und Vielfalt in der Produktgruppe 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in der Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt bei 0 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen von Turan Özküçük und Alparslan Babaoglu-Marx.

Die Ratsmitglieder haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

**8.2 Aktualisierung der "Geänderten Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Einrichtung von neuen bilingualen Kindertageseinrichtungen in Köln"
3019/2023**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die vorliegende „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Einrichtung von neuen bilingualen Kindertageseinrichtungen / neuer bilingualer Kindertagespflege in Köln“, Stand: 01.08.2023.

Die Richtlinie regelt die Vergabe von Fördermitteln an freie Träger und Kindertagespflege für die Neueinrichtung und Qualitätssicherung bilingualer Gruppen und die Förderung der Mehrsprachigkeit in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege.

Diese Fördermittel in Höhe von 264.000 Euro pro Kalenderjahr stehen im Teilplan 0603 Kindertagesbetreuung zur Verfügung.

Die Summe setzt sich wie folgt zusammen:

- Für freie Träger/Kindertagespflege/Großtagespflege: 144.000 Euro
- Für städtische Kitas: 120.000 Euro

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

8.3 Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele 4069/2022

TOP 6.1 „Antrag zur Beschlussvorlage „Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele 4069/2022“ AN/1407/2023“ **und TOP 6.1.1** „Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage „Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele 4069/2022“ AN/1926/2023“ **wurden zusammen mit dem TOP 8.3 behandelt.**

Der Antragsteller zieht den Änderungsantrag zu TOP 6.1 zurück.

Abstimmung über den Ergänzungsantrag des Integrationsrates zu TOP 6.1.1:

Der Integrationsrat empfiehlt folgende geänderte Beschlussfassung:

Beschluss:

Der Integrationsrat bemängelt die weitgehend undifferenzierte und wenig erläuternde Darstellung der Lebenswirklichkeit von Menschen mit internationaler Familiengeschichte in der Anlage zur Beschlussvorlage „Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele 4069/2022“

und

1. nimmt die elf in der Anlage benannten strategischen Herausforderungen für die zukünftige integrierte Sozialplanung der Stadt zustimmend zur Kenntnis;
2. beschließt die strategischen Ziele/Teilziele zu den Herausforderungen wie in der Anlage dieser Vorlage ausgeführt;
3. beauftragt die Verwaltung, im Sinne des strategischen Steuerungsprozesses der integrierten Sozialplanung, dort wo noch nicht mit einer Fachplanung hinterlegt, darzulegen, mit welchen geeigneten Strategien die Ziele/Teilziele verfolgt werden sollen;

4. beauftragt die Verwaltung den Fachausschüssen regelmäßig über die Zielerreichung und die Strategien zur Zielerreichung zu berichten;

5. bittet den Rat die Verwaltung zu beauftragen, bei Vorlage einer künftigen integrierten Sozialplanung die Einlassungen des Integrationsrates zu berücksichtigen und auf eine differenzierte Datenlage zurückzugreifen bzw. diese zu schaffen, um sicher zu stellen, dass Menschen mit internationaler Familiengeschichte, d.h. 40% der Kölner Bevölkerung, differenziert z.B. nach ausländerrechtlichem Status, Aufenthaltsdauer, Zuwanderungsintention, Milieuzugehörigkeit usw. betrachtet werden, sowie erklärende Erläuterungen und Hintergrundinformationen zu geben, warum sich die statistischen Zahlen in dieser Weise bei Menschen mit internationaler Familiengeschichte darstellen.“

Es wird hierzu verwiesen

auf die Diskussion im Frühjahr 2022 zum „[1. Kölner Lebenslagenbericht 2020](#)“ und die bei Beschlussfassung im Rat am 24.6.2022 vorgebrachte Bitte an die Verwaltung, „die Anregungen aus den vorberatenden Gremien miteinzubeziehen“ (u.a. des einstimmig beschlossenen Antrages [AN/1196/2021](#) des Integrationsrates vom 1.6.2022),

sowie auf die erneuten Einlassungen im jetzt zurückgezogenen Antrag [AN/1407/2023](#) von Herrn Kelttek vom 14.08.2023.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

8.4 Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für die Errichtung eines Wohngebäudes zur Unterbringung Geflüchteter an der Gießener Straße in Köln-Gremberg durch einen Totalunternehmer 0934/2023

Die Behandlung der Vorlage wurde aufgrund von Beratungsbedarf in die nächste Beratungsfolge verschoben.

Abstimmungsergebnis:

Der Vertagung in die nächste Beratungsfolge wurde einstimmig zugestimmt.

8.5 Verlängerung Auszugsmanagement 2024/2025 2793/2023

Beschluss:

Der Rat beschließt die Verlängerung der Finanzierung von zwei befristeten Stellen für Fachkräfte der Sozialen Arbeit bei Trägern im Rahmen des Auszugsmanagements. Die bisherige Befristung zum 31.12.2023 wird um zwei weitere Jahre bis zum 31.12.2025 verlängert.

Als Grundlage dienen die Beschlüsse vom 14.11.2011 (Vorlage [1891/2011](#) Maßnahmenübersicht), 12.05.2015 (Vorlage [0925/2015](#) vorzeitige Verlängerung und Erweiterung), 28.06.2016 (Vorlage [1450/2016](#) Erweiterung), 14.11.2017 (Vorlage [2338/2017](#) Entfristung von drei Vollzeitstellen - eine pro Träger - und Befristungsverlängerung

von vier Vollzeitstellen bis 31.12.2019), 07.11.2019 (Vorlage [3328/2019](#) Befristungsverlängerung von vier Vollzeitstellen bis 31.12.2021), 02.11.2021 (Vorlage [3308/2021](#) Befristungsverlängerung von vier Vollzeitstellen bis 31.12.2023).

Des Weiteren werden zwei befristete Vollzeitstellen mit Immobilienkaufleuten besetzt (ebenfalls bei Trägern im Rahmen des Auszugsmanagements) und bis zum 31.12.2025 finanziert.

Zur Finanzierung der zwei befristeten Stellen für Fachkräfte der Sozialen Arbeit stehen Aufwandsermächtigungen in Höhe von 160.600 € für zwei Stellen im Haushaltsjahr 2024 im Teilergebnisplan des Amtes für Wohnungswesen in der Produktgruppe 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung. Für das Haushaltsjahr 2025 sind ebenfalls 160.600 für zwei Stellen zu berücksichtigen. Das Dezernat für Soziales, Gesundheit und Wohnen wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens 2025 innerhalb der dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggfs. durch Umschichtungen, vorsehen.

Zur Finanzierung der zwei befristeten Stellen für Immobilienkaufleute stehen Aufwandsermächtigungen in Höhe von 160.000 € für zwei Stellen im Haushaltsjahr 2024 im Teilergebnisplan des Amtes für Wohnungswesen in der Produktgruppe 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung. Für das Haushaltsjahr 2025 sind ebenfalls 160.000 für zwei Stellen zu berücksichtigen. Das Dezernat für Soziales, Gesundheit und Wohnen wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens 2025 innerhalb der dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggfs. durch Umschichtungen, vorsehen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt bei 7 Enthaltungen und 2 Gegenstimmen von Turan Özküçük und Ali Esen.

Die Ratsmitglieder haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

8.6 Zweite Satzung zur Änderung der Satzungen der Stadt Köln vom 16.01.2018 über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische geflüchtete Personen und Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme 2695/2023

Beschluss:

Der Rat beschließt die

1. „Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangwohnheimen für Aussiedlerinnen und Aussiedler und geflüchtete Personen“ in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 1) und nimmt die darin enthaltene Objektaufteilung zustimmend zur Kenntnis.
2. „Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Übergangwohnheimen für Aussiedlerinnen und Aussiedler und geflüchtete Personen“ gemäß Anlage 2 und nimmt die kategoriebezogene Benutzungsgebühr unter Berücksichtigung der durch das SGB II bzw. XII nicht berücksichtigungsfähigen Unterkunftskosten (Anlage 3/FLÜ) zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Die Integrationsratsmitglieder stimmen mit 0 Ja-Stimmen, 5 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen dagegen.

Die Ratsmitglieder haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

**8.7 Leitbild für kulturelle Teilhabe in Vielfalt
3533/2023**

Die Behandlung der Beschlussvorlage wurde aufgrund von Beratungsbedarf in die nächste Beratungsfolge verschoben.

Abstimmungsergebnis:

Der Vertagung in die nächste Beratungsfolge wurde einstimmig zugestimmt.

**8.8 Befristete Verlängerung des Förderprogrammes im Rahmen des Programmes "Bleibeperspektive in Köln" mit Trägerbindung
2254/2023**

Beschluss:

Der Rat nimmt den Evaluationsbericht zum Förderprogramm „Bleibeperspektiven in Köln“ zur Kenntnis (Anlage 1) und beschließt die Verlängerung des Förderprogrammes bis zum 31. Dezember 2025 in geänderter Fassung (Anlage 2).

Der Rat erkennt den Bedarf in Höhe von jeweils für 2024 und 2025 in Höhe von 396.000 Euro für die Verlängerung des Förderprogrammes an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Die Ratsmitglieder nehmen an der Abstimmung nicht teil.

8.9 Auf dem Ginsterberg 2 - 34 in 50737 Köln Weidenpesch:

**Abriss und Neubau von 15 ein- und zweigeschossigen Einfamilienhäusern sowie Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Zukunft des bestehenden Mehrfamilienhauses
2814/2023**

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, Planungen für den Rückbau der 15 ein- und zweigeschossigen Einfamilienhäuser auf dem städtischen Grundstück Auf dem Ginsterberg 6-34 in 50737 Köln- Weidenpesch, Gemarkung Longerich, Flur 7, Flurstück 513, aufzunehmen.
2. Ferner wird die Verwaltung beauftragt, Planungen für die Errichtung von 15 Einfamilienhäusern im freifinanzierten Wohnungsbau im Passivhausstandard vorzunehmen.
3. Zusätzlich ist von der Verwaltung eine Machbarkeitsstudie hinsichtlich der wirtschaftlichen Gegenüberstellung einer Sanierung des auf demselben Flurstück befindlichen Mehrfamilienhauses im Bestand und einer Niederlegung mit anschließendem Neubau unter der Erfüllung der Voraussetzung des § 35 Abs. 4 BauGB in der Kubatur des Bestandsgebäudes durchzuführen.

Sofern eine Sanierung des Mehrparteienhauses baurechtlich möglich ist, wird die Sanierungsmaßnahme als Alternative zu dem Neubauvorhaben im folgenden Baubeschluss dargestellt.

4. Dazu ermächtigt der Rat die Verwaltung, die erforderlichen Planungsleistungen der Leistungsphasen 1 – 3 auf Basis der HOAI – Gebührenordnung - zu beauftragen sowie die vorab notwendigen Gutachten (Statik, Boden-, Schadstoff-, Lärmschutz, Verkehr etc.) einzuholen.
Die voraussichtlichen Aufwendungen für die Vorplanungen des Rückbaus der 15 Einfamilienhäuser betragen rund 48.000 € brutto.
Die prognostizierten Planungskosten zu den Neubauten der 15 Einfamilienhäuser, dem Neubau des Mehrfamilienhauses bzw. der Sanierungsmaßnahme betragen insgesamt rund 1,08 Mio. € brutto. Der Betrag beinhaltet bereits die in Auftrag zu gebende Machbarkeitsstudie.
5. Gleichzeitig werden die investiven Auszahlungsermächtigungen für die Planung der Vorhaben in entsprechender Höhe im Teilfinanzplan des Amtes für Wohnungswesen in der Produktgruppe 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-5-5254 – Neubau Auf dem Ginsterberg 2-34, freigegeben.
6. Der Rat erkennt in diesem Zusammenhang den Bedarf für die externen Beauftragungen der Leistungsphase 1-9 an.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Votum in die Beratungsfolge verwiesen

- 9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

II. Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen

- 1.1 Dritter Sachstandsbericht zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten - umgesetzte Maßnahmen
3216/2023**

Die Behandlung der Mitteilung wurde in die nächste Sitzung des Integrationsrates verschoben.